

Kommunales Wahlrecht als Schritt zur Wohnbürgerschaft

Das Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger für die Kommunalparlamente ist ein zentraler Bestandteil der Demokratie. Der derzeitige Zustand:

- Migrantinnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (frühestens nach 10 Jahren erhältlich) haben kein Wahlrecht auf kommunaler Ebene; auf Kammer- und Gewerkschaftsebene müsste es nach internationalen Verträgen gewährt werden, wird aber nicht.

- sie erhalten im Großteil Tirols keine Zuweisung in Gemeindebauten und keine Mietzinsbeihilfe;

- um die Staatsbürgerschaft zu erlangen, müssen sie Deutsch lernen, allerdings gibt es derzeit keine organisierte Förderung von Kursen;

- sie sind von zahlreichen sozialen Rechten und Beihilfen ausgeschlossen, da das Erfordernis der Staatsbürgerschaft damit verknüpft ist;

- sie sind in Österreich als Fremde behandelt, was zu Diskriminierungen führt.

Bewilligungen für Beschäftigung und Aufenthalt, die sich jeweils gegenseitig bedingen (bei der Auslegung haben selbst Fremdenpolizisten oft Probleme).

- Kinder von Migrantinnen werden sprachlich (Muttersprache und Deutsch) wenig geschult. Deutschunterricht wird lediglich als Freifach bei bestimmter Anmeldezahl gegeben und kommt daher meist nicht zustande; beim Personal wird gespart. Dadurch wird sozialer Aufstieg der nächsten Generationen behindert.

- Selbst in Österreich geboren zu sein reicht nicht, Österreicherin zu sein. Die Politik von ÖVP und SPÖ hat die Personengruppe der Migrantinnen in der

Wahlerschaft der Grünen nicht berücksichtigt. Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der

Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ. Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

Ergebnis des derzeitigen politischen Handelns: Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch nicht als eigene Gruppe gesehen, sondern als Teil der Wahlerschaft der ÖVP und SPÖ.

READER

ZUR

PRESSEKONFERENZ

DA WIRD MAN SICH NOCH EINIGES EINFALLEN LASSEN MÜSSEN...

INTEGRATION VON AUSLÄNDERINNEN IN TIROL

MIT

LA ELISABETH WIESMÜLLER, SOZIALSPRECHERIN DER TIROLER GRÜNEN

HASAN YLMAZ, GRÜNER ARBEITERKAMMERRAT

AM 19. Februar 2002

Kommunales Wahlrecht als Schritt zur Wohnbürgerschaft

Staatsbürgerschaft erlangte und dadurch für die PolitikerInnen zunehmend interessant wird.

Der derzeitige Zustand :

- MigrantInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (frühestens nach 10 Jahren erhältlich) haben kein Wahlrecht auf kommunaler Ebene; auf Kammer- und Gewerkschaftsebene müßte es nach internationalen Verträgen gewährt werden, wird aber bestritten.
- sie erhalten im Großteil Tirols keine Zuweisung in Gemeindebauten und keine Mietzinsbeihilfe;
- um die Staatsbürgerschaft zu erlangen, müssen sie Deutsch lernen, allerdings gibt es derzeit keine organisierte Förderung von Kursen;
- sie sind von zahlreichen sozialen Rechten und Beihilfen ausgeschlossen, da das Erfordernis der Staatsbürgerschaft damit verknüpft ist;
- sie unterliegen vor allem in den ersten Jahren des Aufenthaltes in Österreich einem System von bürokratisch undurchschaubaren Bewilligungen für Beschäftigung und Aufenthalt, die sich jeweils gegenseitig bedingen (bei der Auslegung haben selbst Fremdenpolizisten oft Probleme); so droht bei Arbeitsplatzverlust die Abschiebung
- Kinder von MigrantInnen werden sprachlich (Muttersprache und Deutsch) wenig geschult. Deutschunterricht wird lediglich als Freifach bei bestimmter Anmeldezahl gegeben und kommt daher meist nicht zustande; beim Personal wird gespart. Dadurch wird sozialer Aufstieg der nächsten Generationen behindert.
- Selbst in Österreich geboren zu sein, heißt nicht, ÖsterreicherIn zu sein.
- Die Politik von ÖVP und SPÖ hat die Personengruppe der MigrantInnen in den letzten Jahren in keiner Weise vertreten. Man ließ sich von der FPÖ und der auflagenstärksten Kronen-Zeitung treiben, um keine Wählerstimmen nach rechts zu verlieren. Die Gruppe der „Ausländer“ wurde politisch immer dann gesehen, wenn es „Probleme“ gab. Es kommt daher auch politisch zu keinen oder nur halbherzigen neuen Impulsen.

Ergebnis :

Ergebnis des derzeitigen politischen Zustandes wird die Fortschreibung einer neuen Klassengesellschaft sein, deren unterste Klasse sich durch die Herkunft unterscheidet, in bestimmten Branchen arbeitet und nach wie vor sozial, kulturell und politisch benachteiligt sein wird. Eine Änderung ist allerdings dadurch im Gange, dass bereits ein nicht zu unterschätzender

Prozentsatz der Bevölkerungsgruppe der MigrantInnen die Staatsbürgerschaft erlangte und dadurch für die PolitikerInnen zunehmend interessant wird.

Konzept Wohnbürgerschaft :

Der weniger mißverständliche Begriff als „Integration“ ist „Wohnbürgerschaft“. Beim Konzept der Wohnbürgerschaft geht es um Gleichstellung von AusländerInnen, die in Österreich ständig wohnen, mit StaatsbürgerInnen in verschiedenen Bereichen, z.B. :

- Menschenrechte : Sicherer Aufenthaltsstatus (keine Angst, abgeholt zu werden)
- soziale Rechte : Gleichstellung bei sozialen Rechten und beim Wohnen; Entkoppelung von Arbeitsmarkt und Staatsbürgerschaft
- Bildung und kulturelle Rechte : Gleiche Chancen durch wirksame Förderung der Sprachbildung im Schulwesen (Muttersprache und Deutsch)
- politische Grundrechte : aktives und passives Wahlrecht in Vertretungskörpern (AK, Gewerkschaft, ÖH usw.) und zumindest kommunales Wahlrecht

Kommunales Wahlrecht als notwendige Mitbestimmung

Ausgelöst vom EU-Recht wird immer mehr von der Staatsbürgerschaft abgegangen und wird „Wohnbürgerschaft“ mit dem kommunalen Wahlrecht EU- und EWR-BürgerInnen gewährt. Sogenannte „Drittstaatsangehörige“ erlangen derzeit keine Rechte. Es gibt daher zwei Arten von AusländerInnen. Doch gerade die meist sozial schlechtergestellten Gruppen der „Drittstaatangehörigen“ bräuchten eine politische Vertretung, selbst organisiert und auch durch die bestehenden Parteien - beginnend auf kommunaler Ebene - um ihre Rechte durchzusetzen.

Die in Österreich traditionell nicht sehr stark verankerte Demokratie lebendig erhalten und erneuern war und ist ein dringender Auftrag auch an die GRÜNE Partei. Dadurch wird nicht nur einer Bevölkerungsgruppe geholfen, sondern die demokratische Entwicklung insgesamt positiv beeinflusst.